

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Sind jetzt Lohnforderungen konjunkturpolitisch vertretbar?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1958) : Sind jetzt Lohnforderungen konjunkturpolitisch vertretbar?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 3, pp. 123-129

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132604>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sind jetzt Lohnforderungen

konjunkturpolitisch vertretbar?

Aus wirtschaftspolitischen Kreisen:

Zurückhaltung in der Lohn- und Preispolitik ist erwünscht!

Die Erörterungen über die Lohnpolitik haben durch Hinweise auf eine grundlegende Änderung der Konjunkturlage einen neuen Akzent erhalten. Stand bisher bei den Diskussionen zu diesem Thema das Problem der Preisstabilität im Vordergrund, so taucht nunmehr die Frage auf, ob nicht durch unangemessene Lohnerhöhungen die Stabilität der Konjunktur gefährdet oder gar ein Rückschlag ausgelöst wird. Ist eine solche Fragestellung von der wirtschaftlichen Situation her gerechtfertigt, welcher Zusammenhang besteht zwischen den Lohnbewegungen und der künftigen konjunkturellen Entwicklung, und wie müßte sich die Lohnpolitik in das Gesamtkonzept der Wirtschaftspolitik einpassen, die auf einen Fortgang des Wachstums bei stabilen Preisen ausgerichtet ist?

Wandel im Konjunkturklima

Wollte man den zahlreichen pessimistischen Äußerungen und Kommentaren glauben, so befänden wir uns bereits am Vorabend einer Wirtschaftskrise. Von gewerkschaftlicher Seite wird der Verdacht ausgesprochen, daß die Schwierigkeiten in manchen Branchen absichtlich dramatisiert werden, um ein Argument für die Ablehnung von Lohnforderungen zu haben. In der Tat kann von einem Konjunkturrückgang in der Bundesrepublik noch keine Rede sein, denn Produktion und Beschäftigung halten sich vorerst auf hohem Niveau und zeigen auch in

der Tendenz keinen Abschwung. Trotzdem ist ein Wandel im Konjunkturklima unverkennbar.

Er rührt in erster Linie von der Weltwirtschaft her, die seit längerem im Zeichen der amerikanischen Recession, der Baisse an den Rohstoffmärkten und verbreiteter Zahlungsbilanzschwierigkeiten steht. Die Abkühlung der internationalen Konjunktur konnte auf die deutsche Situation um so weniger ohne Einfluß bleiben, als unsere Wirtschaft in den letzten Jahren eine zunehmende „Exportschlagseite“ bekommen hat. Aber auch an den Inlandsmärkten hat sich gegenüber dem Vorjahr eine Änderung vollzogen. Die bisher reichlich gefüllten Auftragsbücher werden allmählich dünner, die Lieferfristen verkürzen sich, und der Wettbewerb unter den Anbietern wird schärfer. Die Nachfrage ist nicht mehr ganz in die erweiterten Kapazitäten hineingewachsen, so daß der Auslastungsgrad verschiedentlich unter das Optimum zurückgegangen ist. All dies läßt die konjunkturelle Lage einigermaßen labil und anfällig erscheinen.

Lohnpolitische Konsequenzen

Die Lohnforderungen treffen damit auf eine andere wirtschaftliche Kräftekonstellation als in den zurückliegenden Jahren, in denen der allgemeine Trend unbestritten aufwärts ging. Nach dem Abschluß der Verhandlungen über den Metallarbeiterarif konnte man den Eindruck gewinnen, daß sich in der Lohnpolitik eine gewisse Mäßigung

durchsetzen werde. Die Hoffnung auf eine realistischere Lohngestaltung wurde allerdings durch die anschließend bekannt gewordenen Tarifkündigungen und Ansprüche wieder recht zweifelhaft. Es scheint, daß die Vertreter der Arbeitnehmer von sich aus noch wenig geneigt sind, lohnpolitische Konsequenzen aus der veränderten Konjunkturlage zu ziehen.

Sicherlich ist nach wie vor ein Spielraum für Lohnaufbesserungen vorhanden, und niemand wird leugnen wollen, daß die Lohnstruktur einige Verzerrungen aufweist und daher eine Angleichung erforderlich ist. Auch unter konjunkturellen Aspekten läßt sich eine weitere mäßige Anhebung des Lohn- und Gehaltsniveaus rechtfertigen. Aber das Ausmaß der gegenwärtig anstehenden Forderungen geht doch eindeutig über das hinaus, was unter den gegebenen Umständen gesamtwirtschaftlich vertretbar ist, selbst wenn man berücksichtigt, daß bei der Anmeldung der Ansprüche verständlicherweise reichlich „vorgehalten“ wird. Würden diese Forderungen, die den für 1958 realisierbaren Produktivitätsfortschritt erheblich übertreffen, in dem beabsichtigten Umfang durchgesetzt, so wäre eine erneute Aufblähung der Kosten unvermeidbar. Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß verschiedene andere Kostenelemente — teils infolge der vorausgegangenen Lohnerhöhungen, teils wegen der Anhebung staatlich gebundener Preise — ebenfalls Mehrbelastungen bringen, die durch verbilligte Rohstoffe und gesun-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

kene Kredit- und Kapitalkosten bei weitem nicht ausgeglichen werden.

Die Nachfrage wird auf Preiserhöhungen reagieren

Zweifellos werden die Unternehmer versuchen, die Kostensteigerungen auf die Preise abzuwälzen, ohne ihre Umsätze zu verringern. Auf einigen Märkten mit monopolistischer oder oligopolistischer Struktur wird dies noch am ehesten möglich sein. Im allgemeinen aber dürfte eine Reaktion der Nachfrage auf weitere Preiserhöhungen nicht ausbleiben. Bei der vielfach zu beobachtenden Starrheit der Kalkulation könnte dann der Fall eintreten, daß nicht die Preise, sondern die Angebotsmengen reduziert werden. Die Folgen für den Beschäftigungsgrad wären evident. Es ist natürlich denkbar, daß die Mehrkosten durch Einschränkung der Gewinne aufgefangen werden; bis zu einem gewissen Grad wäre das sicher wünschenswert. Wenn jedoch die Unternehmereinkommen stärker gedrückt werden, so wirkt sich das auf die Investitionsbereitschaft und -fähigkeit aus, zumal die Selbstfinanzierung trotz der Maßnahmen zur Kapitalmarktförderung noch geraume Zeit sehr im Vordergrund stehen wird. Wiederum würde dann die Beschäftigung nicht auf dem gegenwärtigen Stand bleiben, sondern absinken.

Man mag dieser Argumentation entgegenhalten, daß durch Lohn-erhöhungen eine entsprechend große Nachfrage geschaffen wird und daher die geschilderten Konsequenzen nicht eintreten können. Verschiedentlich wird sogar die Auffassung vertreten, man müßte gerade durch eine expansive Lohnpolitik einer Recession vorbeugen. In einer geschlossenen Wirtschaft erscheint ein solcher Ausweg möglich, wenngleich er mit Inflation verbunden wäre und über kurz oder lang doch in eine Depression münden würde. In einer offenen, d. h. arbeitsteilig mit der übrigen Welt verflochtenen Wirtschaft hätte diese Politik keinen Erfolg, denn die ausländische Konkurrenz würde verstärkt auf die Inlandsmärkte drängen, und auf längere

Sicht dürfte über den Umweg von Zahlungsbilanzschwierigkeiten doch eine Umkehr erzwungen werden.

Diese Hinweise mögen im Augenblick vielleicht noch recht theoretisch erscheinen. Aber es besteht wohl Anlaß dazu, die Lohnpolitik im Hinblick auf das veränderte Konjunkturklima zu überprüfen.

Grenzen für Lohn- und Preiserhöhungen

Die jüngste Entwicklung auf einigen Märkten hat die Grenzen für Lohn- und Preiserhöhungen bereits deutlich sichtbar werden lassen, wenn auch zum Teil strukturelle Ursachen dabei eine Rolle spielten. Von der Wirtschaftspolitik darf man jedenfalls nicht erwarten, daß sie durch Zollerhöhungen oder durch andere einfuhrhemmende Maßnahmen den ausländischen Wettbewerb zurückdrängt und dadurch den Unternehmern größere Lohnzugeständnisse ermöglicht. Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist nach wie vor die Aufrechterhaltung der Preisstabilität, und der beste Schutz vor einer Deflation ist immer noch der Kampf gegen die Inflation.

Diese Grundkonzeption schließt nicht aus, daß gegebenenfalls auch Maßnahmen zur Konjunkturstüt-

Aus gewerkschaftlichen Kreisen:

Der Lohn als marktwirtschaftlicher Korrekturfaktor

Eine aktuelle Erörterung der Zusammenhänge zwischen Lohnentwicklung und Konjunkturklima setzt voraus, daß man sich zunächst einmal darüber im klaren ist, in welcher Phase des Konjunkturzyklus sich die deutsche Wirtschaft befindet. Dabei ist verwunderlicherweise festzustellen, daß man in weiten Kreisen noch nicht einmal zu einer Anerkennung der Weiterexistenz des Zyklus bereit ist. Das neunzehnte Jahrhundert war in dieser Beziehung sehr viel realistischer als das zwanzigste: damals pflegte man die Symptome eines Rückschlages nüchtern zu konstatieren und sah zu, daß man möglichst rasch darüber hinwegkam. Im 20. Jahrhundert — mit merkwürdiger Wiederholung in der ersten Dekade nach jedem der beiden Weltkriege — ist dagegen

zung getroffen werden. Man darf aber der Nachfrage einen größeren Spielraum erst lassen oder sie mit konjunkturpolitischen Instrumenten anregen, wenn die Gewähr für eine inflationsfreie Entwicklung besteht. Diese im Hinblick auf die Preisstabilität gebotene Vorsicht kann freilich bedeuten, daß auf eine volle Ausnutzung der realen Expansionsmöglichkeiten vorübergehend verzichtet werden muß, wie es zur Zeit in gewissem Ausmaß in unserer Wirtschaft der Fall ist. Wie lange dieser Verzicht notwendig ist, hängt weitgehend vom Verhalten der Sozialpartner in der Lohn- und Preisgestaltung ab.

Je besser sich die Lohnpolitik durch eine Mäßigung in weiteren Forderungen an die allgemeine Linie der Wirtschaftspolitik anschließt, um so günstiger sind die Aussichten für den Fortbestand einer guten Konjunktur. Die gleiche Verantwortlichkeit trifft natürlich auch die Unternehmer, deren Bestreben es sein sollte, durch eine zurückhaltende Preispolitik in erster Linie den Mengenabsatz im Inland zu erweitern, um damit die notwendige Umschaltung von der Export- auf die Binnenkonjunktur zu erleichtern. (J. S.)

eine Art konjunkturpolitischen Gesundheitsbetretums Mode geworden, das nach der Devise handelt, daß nicht sein kann, was nicht sein darf...

Man darf die Krankheit nicht verleugnen

Diese Haltung kontrastiert merkwürdig mit den ungeheuren Fortschritten, die man seit der Jahrhundertwende in der konjunkturellen Diagnostik und Therapeutik erzielen konnte. Wenn der Patient im 19. Jahrhundert vielleicht kränker wurde als notwendig, weil man nicht gut Fieber maß und Mangel an Medikamenten litt, so droht er im 20. Jahrhundert daran zu sterben, daß es als unfein für die Ärzte gilt, selbst bei hohem Fieber von Krankheit zu reden, und daß man dementsprechend die in Hülle und Fülle vorhandenen

Vorbeugungs- und Heilmittel ängstlich in der Nachttischschublade hält, bis es zu spät ist.

Die Wirtschaft speziell der angelsächsischen Länder und der kleineren weltmarktempfindlichen mitteleuropäischen Staaten zeigt deutliche Fiebersymptome. Die Frage ist nur: wie ernst wird die Krankheit? Nachdem die Rückschläge von 1949 und 1953 sich als „Baby-Krisen“ erwiesen — wie auch die mehr eigenständige Textilkrise zwischen diesen Daten —, wäre nach den Gesetzen des Zyklus, die mit größerer Regelmäßigkeit gelten, als man wahrhaben will, ein stärkerer Rückschlag, eine echte „Krise“, zu erwarten. Das erscheint auch gar nicht weiter verwunderlich: die Erkenntnisse der modernen Konjunkturtheorie gipfeln darin, einen Zusammenhang zu finden zwischen den Wachstumsvorgängen und den zyklischen Schwankungen. Wie sollte nun nach dem phänomenalen Wachstum der Produktion im letzten Jahrzehnt der nach dieser Deutung korrespondierende Rückschlag ausbleiben?

Hier liegt nun die Nahtstelle zwischen Konjunkturproblem und Lohnpolitik. Motor des Wirtschaftswachstums ist der technische Fortschritt; den Treibstoff liefert er selbst in Form einbehaltener Gewinne, die wiederum die Basis abgeben für die Realisierung technisch stets vollendeterer Ausrüstungen.

**Bremung des Aufstiegs
vermindert Konjunkturückschläge**

Man ist sich nun seit Robertson in der Konjunkturtheorie ziemlich einig darüber, daß es ein Mittel

zur Vermeidung überstarker Konjunkturückschläge gibt: nämlich eine gemäßigte Bremsung des Aufstiegs. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, daß Lohnauseinandersetzungen heute — angesichts des relativen Zurücktretens der Bedeutung des Grundkapitals — nicht so sehr mit dividendenlüsternen Aktionären ausgefochten werden, sondern weit mehr ein Ringen zwischen Investitionsaufwand und Lohnsumme darstellen. Dieses Ringen symbolisiert jeweils die Ansprüche der Zukunft mit ihren Möglichkeiten zur Wachstumssteigerung und Wohlstandsvermehrung und andererseits die Ansprüche der Gegenwart, die schließlich nicht hungern will, damit übermorgen Industriepaläste entstehen.

Nun hat in der allgemeinen Begeisterung über den Wiederaufstieg Deutschlands in der Nachkriegszeit der Staat — sieht man vom durchaus nicht konjunkturpolitisch motivierten Juliusturm Schäffers einmal ab — gewiß nicht viel dazu getan, um die Wachstumsrate zu bremsen. Im Gegenteil: mit degressiven Abschreibungsmöglichkeiten hat man eine kumulative Übersteigerung des Aufschwungs geradezu gefördert. Gleichzeitig hat man auf der Finanzierungsseite damit, daß man sich einer gemäßigten DM-Aufwertung entgegenstemmte, seitens des Staates und der Notenbank in traurem Verein für eine permanente Kreditinflation auf dem Wege über die Außenhandelsüberschüsse geradezu gesorgt. Mit der gleichzeitigen Förderung des Wa-

renabstroms aus Deutschland, der vom niedrigen Kursstand der DM provoziert war, hat man auch indirekt, nämlich durch Koppelung der Warenverknappung bei ständiger Kreditinjektion, für eine Überhitzung des Booms gesorgt. Wenn trotzdem das binnendeutsche Preisniveau hinter dem der westlichen Welt herhinkte, so lag dies einmal am ständigen Zustrom von Produktionsfaktoren: Arbeitskräfte aus der Ostzone infolge der sowjetischen Politik, die sich offenbar verschworen hatte, den Kapitalismus mit Proletariern zu füttern, hohe Kapitalbildung infolge Konsumverzichts (nicht zuletzt infolge relativer Verteuerung der Importe), schließlich noch Zustrom von Auslandskapital infolge Währungsspekulation und hoher Zinssätze. Zum anderen waren die Produktivitätsfortschritte in Deutschland weit größer als anderwärts.

**Lohnforderungen
sind marktwirtschaftlich**

In zweierlei Hinsicht sollte man, wenn man sich der nüchternen Logik verschreibt, den deutschen Gewerkschaften ein Lob erteilen. Man hat ihnen jahrelang von der Marktwirtschaft gepredigt, offenbar, um sie zur Stählung ihrer politischen Neutralität von allen marxistischen Kinderkrankheiten endgültig zu kurieren. Darf man sich nun wundern, wenn sie ihre Lektion allzu gut lernten und sich nun wahrhaft marktwirtschaftlich gebärdeten? Marktwirtschaftlich handeln aber heißt dies: Der Preis hat die Funktion des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage. Soll er diese auf einem gebundenen



Unsere Bank steht seit 1870 im Dienste der deutschen Wirtschaft. Wir betreiben alle Zweige des Bankgeschäfts und gewährleisten durch unsere weitreichende Organisation schnelle Bedienung und gewissenhafte Beratung. Im Ausland unterhalten wir eigene Vertretungen in Amsterdam, Beirut, Madrid, Rio de Janeiro und Windhoek.

COMMERZ- UND DISCONTO-BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltung Hamburg · 60 Geschäftsstellen in Norddeutschland

Markt wie dem Arbeitsmarkt erfüllen, so muß man logischerweise dann, wenn die Nachfrage stürmisch anschwillt und das Angebot zu langsam wächst, den Preis heraufsetzen. Genau das haben die deutschen Gewerkschaften zu tun versucht. Wenngleich ihnen das angesichts der Diskrepanz zwischen Effektiv- und Tariflohn nicht voll gelang, so haben sie doch immerhin versucht, die Gesetze des freien Marktes — wie sie die Unternehmerschaft im übrigen selbst mit Abwerbungsprämien praktizierte — im Institutionsgefüge der Marktbindung in Kollektivverträgen zum Widerspiegeln zu bringen.

Und damit haben sie einer entscheidend wichtigen Tendenz gedient: Es ist das Grundgesetz der Marktwirtschaft, daß in ihr der Preis den Güterverbrauch rationiert. Wenn die Arbeitskraft knapp ist, so muß ihr Preis hoch sein, auf daß mit diesem knappen Faktor sparsam umgegangen werde. Diese eherne Forderung marktwirtschaftlichen Denkens haben die Gewerkschaften durchzusetzen versucht, vielleicht unbewußt. Wenn man in anderen Kreisen nicht bis zu dieser Konsequenz weiterzudenken vermochte, so lag das an der ewigen Schwäche des Menschen, dessen Denkfähigkeit sich an der Interessendecke den Kopf einstößt.

Drei weitere wichtige Funktionen wurden mit dieser gewerkschaftlichen Lohnpolitik erfüllt: Einmal dämpfte sie die Übersteigerung des Aufschwungs, indem sie die Eigenkapitalbildung bremste und damit sicherlich gleichzeitig manche Fehlinvestition, in die man bei allzu reichlichen Mitteln hineingestolpert wäre, vermeiden half. Zweitens drängte sie zu einer selektiven Investitionspolitik, die eine Konzentrierung auf die rentabelsten Investitionen vorzunehmen gezwungen war: einmal durch die Begrenzung der Finanzmittel, zum anderen durch den Druck zur Rationalisierung, den die relative Steigerung der Lohnkosten auslöste. Und drittens war die gewerkschaftliche Lohnpolitik ein Instrument zur Angleichung der deutschen Kostenstruktur an das Weltmarktniveau.

Noch ist der konjunkturelle Aufstieg nicht zu Ende!

Nun sagt man: Ja, aber jetzt fällt die Konjunktur um, und darum müßt ihr das Steuer herumwerfen. So einfach ist die Sache nicht. Zunächst einmal hat die herrschende keynesianische Lehrmeinung stets betont, daß ein stabiles Lohnniveau gerade im Rückschlag stabilisierende Funktionen zu erfüllen hat. Sodann bleiben die vorstehend skizzierten drei Funktionen bis jetzt bei uns noch immer aktuell: der Boom geht in der deutschen Wirtschaft zunächst noch weiter, trotz Branchenschwierigkeiten; somit kann die Bremsungsfunktion vielleicht auch jetzt noch sinnvoll sein. Die Anregung zu Substitutionsinvestitionen mag gerade für die krisenauslösende Maschinenindustrie noch stimulierend wirken. Die Funktion der Angleichung des Kostenniveaus auf weltwirtschaftlicher Ebene kann einer neuen internationalen Welle des Protektionismus entgegenwirken.

Aus Kreisen der Industrieverbände:

Auf alle Fälle muß die Produktion erhalten werden!

Die Wirtschaftsgesellschaft der Bundesrepublik befindet sich lohnpolitisch in einer mißlichen Lage, selbst wenn es zu keiner konjunkturellen Abschwächung kommt. Sie hat nämlich keinen Generalnenner für die Bemessung der Kontrakteinkommen, die ich im folgenden kurzerhand Löhne heißen möchte. Ferner kennt sie seit langem keine nominelle Lohnsenkung mehr, sondern nur Lohnsatzsteigerungen. Der sehr große Abschnitt der von der öffentlichen Hand bestimmten oder mit ihr vereinbarten Arbeitsentgelte und Renten nimmt für sich ziemlich unverbrämt Indexformeln in Anspruch. Kommt man damit nicht ganz zurecht, dann besorgt man sich das Fehlende über Sondervergünstigungen des Steuerrechts, bei den Taxipreisen und im Behördenhandel.

Verfälschung des Leistungslohnes

Die private und halbprivate Wirtschaft hat als mikroökonomisches Leitbild den Leistungslohn. Aber dieser ist den organisierten Arbeitsmarktparteien wegen sei-

Im übrigen ist die Rolle des Lohnfaktors in einzelnen Sektoren sehr differenziert; seine Stabilisierungswirkungen kommen insbesondere im öffentlichen Sektor zur Wirkung. Hier bleibt eine große Aufgabe: die der Heranziehung des Lohnniveaus in der öffentlichen und öffentlich gebundenen Sphäre an das generell erreichte Niveau. Mit der Vermeidung krasser Diskrepanzen ist hier nicht nur die Abwanderung qualifizierter Kräfte aus dem öffentlichen Bereich zu bremsen, dessen Versorgungsleistungen schließlich die Basis für die übrige Wirtschaft darstellen, es kann hier vielmehr auch eine Angleichung der Lohn- und Kostenstrukturen angestrebt werden, die mit der Beseitigung bestehender grober Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Sektoren und Branchen ernste konjunkturelle Störungselemente noch in letzter Minute ausschaltet, ehe uns die Abschwingungsspirale von außen her erreicht. (Kue)

ner Differenzierung zu unhandlich. Daher suchen sie, die Inhaber der Tarifautonomie, nach Hilfszielen. Manche Gruppen im Arbeitgeber- und im Arbeitnehmerlager glauben ein solches in der historischen Lohnskala gefunden zu haben. Sie sind beinahe zufrieden, wenn sie die Lohn-Lohn-Spirale, das ist der Abstand vom volkswirtschaftlichen Ecklohn, ohne größere Phasenverschiebung in Gang zu halten vermögen. Andere Gruppen, vornehmlich unter den Arbeitgebern, haben sich die Entwicklung einer Meßzahl, die „gesamtwirtschaftliche Produktivität“ genannt wird, als Hilfsziel gewählt. Darunter können sich zwar keine zwei genau dasselbe vorstellen. Doch setzt man sich über die Ungenauigkeit mit dem Bemerkten hinweg, daß diese Meßzahl, grob genommen, auch nur eine Obergrenze für Lohnbewegungen abgebe. Sie ersetzt das Leistungsentgelt durch soziale Rücksicht, ein der Marktwirtschaft recht fremdes Motiv. Wieder andere Gruppen, diesmal vor allem unter

den Arbeitnehmern, geben sich damit zufrieden, einfach die Marktmacht im jeweiligen Branchenverhältnis spielen zu lassen. Insbesondere taten das einige gut durchorganisierte Gewerkschaften, als ihnen um 1955 die konjunkturelle Entwicklung des Arbeitsmarktes den Alpdruck der Flüchtlings-Reservearmee abnahm. Die schwächeren Gewerkschaften hielten sich an das historische Lohngefälle und versuchten, wellenförmig nachzuziehen, auch wenn das Wort Lohnwelle verpönt wurde.

Neutralisierung von Lohn- und Preiswelle

Alle neun bis fünfzehn Monate war die Welle ausgelaufen. Fast gleichzeitig war sie jedes Mal zu einem guten Teil von einer Preiswelle neutralisiert worden. Letzteres konnte gar nicht ausbleiben, weil zuviel Preise für die Grenzproduzenten lohnbestimmt sind. Das soll mit dem Begriff der Lohn-Preis-Spirale ausgesagt sein.

Den Zwang zur Abwälzung auf die Preise zu bezweifeln, heißt an der ökonomisch-sozialen Wirklichkeit vorbeisehen. Die Abwälzungswellen handelspolitisch beim Preis zu unterbrechen, ist ein riskantes Treiben; denn es zwingt manche Grenzproduzenten, aus der Produktion auszusteigen. Wer unsere binnenländische, industriell-agrarische Wirtschaftsgesellschaft für fähig hält, sich durch Handel, Fremdenverkehr und andere Dienstbereiche über Wasser zu halten, der kann die Wirtschaftspolitik gegen die Grenzproduzenten ausrichten. Ich zähle nicht zu diesen Optimisten, weil ich mir nicht vorstellen kann, wie das den Oststandard überbie-

tende soziale Leben in den Industriegebieten und entlang des Eisernen Vorhangs weitergehen soll, wenn der gewerbliche Arbeiter auf Gelegenheiten warten muß, Kisten und Ballen aus Hongkong, Indien und Japan, Lebensmittel aus Argentinien und Kalifornien in Handelshäuser und Koffer von Weltreisenden in Hotels zu tragen — und zusätzlich auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeits-Unterstützung angewiesen zu sein. Nichts gegen den Welthandel, wenn natürliche und technische Vorteile ausgespielt werden; aber ein eindeutiges Halt, wenn ein soziales oder politisches Dumping dahintersteht!

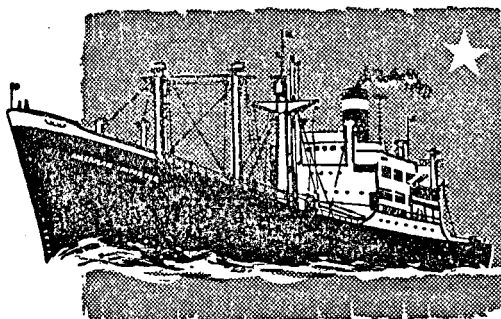
Seit uns das Devisenpolster drückt wird von vielen dem Produzieren der erste Rang bestritten. Fiel 1957 doch als Messeauftakt schon das Wort, notfalls sei die Produktionskonjunktur zu zerschlagen. Ob das Betriebe schwach werden läßt oder ob es Arbeitslosigkeit schafft, stört manchen nicht, weil die Zahlen der Insolvenzen und der Arbeitslosen vorerst noch keinen Massencharakter angenommen haben.

Die Lohnpolitik der Tarifpartner

So ist auch die Lohnpolitik der Gewerkschaften noch nicht auf die Abwehr der rückläufigen national- und weltwirtschaftlichen Impulse eingestellt worden. Offenbar zögert man, weil man sich seit der Anhebung der Beamtengehälter wieder einmal mitten in einer Drehung der beiden Spiralen befindet. Selbst die Bauarbeiter, denen der geringe Anfall privater, nicht subventionierter Bauaufträge ihr konjunkturelles Tief deutlich machen müßte, nehmen den zum Teil durch

politische Preise erhöhten Lebenshaltungskostenindex zum Anlaß für eine neue Lohnbewegung. Auch die Textil- und Bekleidungsarbeiter sehen über die mit den autonomen Zollsenkungen herbeigeführten Krisenzeichen hinweg und wollen die gewohnte Lohnskala von unten her zusammendrängen, ohne mit den Gewerkschaften der schweren Stufen akkordiert zu haben, daß die Lohn-Lohn-Spirale nach oben dann aber auch gedrosselt bleibt. Angeblich verstößt eine derartige Abmachung gegen die Lohnautonomie der einzelnen Gewerkschaften.

Die Lohnpolitik der Arbeitgeber ist uneinheitlich. Zwar überwiegt die Ansicht, weiteren Lohnforderungen derzeit nicht nachzugeben. Doch wird die Lohnwelle im stillen mindestens von zwei Ecken her begrüßt, nämlich einmal von denen, die im Inland die Investition (als Austausch von Arbeit gegen Kapital) mobilisiert sehen möchten, und zum anderen von denen, die die Zollpolitik des letzten Jahres in Verbindung mit dem milden Winter um ihren erarbeiteten Absatz gebracht hat. Geforderten Lohnaufbesserungen wird ferner aus zwei weiteren Ecken kaum Widerstand entgegengesetzt, nämlich von denen, die bei geringerer Arbeitsintensität in der Liquidität beengt sind und Umsatz auf jeden Fall benötigen, sowie von den anderen, die der Automatisierung eine Quasirente vor dem Durchschnitt der Branche verdanken, die steuerpolitisch unerwünscht scheint. Die Analytiker der Gewerkschaften haben diese Positionen abgetastet und zu Einbruchstellen bestimmt.



Frachtschnelldienste nach den USA

NACH NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA, BALTIMORE UND HAMPTON ROADS
WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN
WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-HÄFEN, ENGLAND UND FRANKREICH
SOUTH ATLANTIC LINE NACH WILMINGTON, CHARLESTON, SAVANNAH,
JACKSONVILLE, PORT EVERGLADES



HAMBURG,
BALLINDAMM 1, TEL. 3216 71
BREMEN,
BAHNHOFSTR. 28/30, TEL. 300811-17
BREMERHAVEN,
COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

United States Lines

Produktionsausfälle gefährlicher als Tarifanpassungen

Ginge es nur um Tarifsätze als Anpassung des derzeitigen Spiralenstandes, so brauchte man sich nur wenig zu sorgen, denn dann hätten wir es hauptsächlich mit Nachhutgefechten (etwa noch für ein Drittel der Arbeitnehmer) zu tun. Leider geht der Stoß aber auch immer noch auf neue Produktionsausfälle bei vollem Lohnausgleich. Verkürzte Arbeitszeit und honoriertes Krankfeiern, Hausfrauentage, auch bei der 11-Tage-Doppelwoche oder sogar der 5-Tage-Woche sind die jeweils gefährlicheren Folgen der laufenden Lohnwelle. Sie bedeuten nämlich, daß die Unterstützung als Art des

Kontrakteinkommens durch Hintertüren bis in die Produktionsstufen vordringt. Kapital und Management können aber allein die Produktion nicht halten und sie noch weniger zu den Märkten bringen. Zuerst muß jedoch produziert werden, dann kann man auch verteilen und umverteilen — und schließlich sogar einiges verschenken. Diesem Vorrang sollten sich beide Lager unterwerfen — auch für den Fall, daß sich die eigentlichen Produktionsgruppen, insbesondere die Metallarbeiterschaft, in der Lohnskala einen Vorsprung erkämpft haben sollten, den die historische Lohnskala und der Lebenshaltungskostenindex noch nicht ganz rechtfertigen. (W. H.)

zugstellung in der Preisgestaltung verringert. Aber es ist wirklich keine besondere Ehre, Exportaufträge nur einem niedrigen Lohnniveau zu verdanken. Japan hat lange Zeit den traurigen Ruhm gehabt, den Aufbau der Exportindustrie mit seinem niedrigen Lohnniveau durchgeführt zu haben. Nun brauchen wir uns damit nicht zu vergleichen. Denn in Rücksicht auf unsere ungeheure Aufbauleistung nach dem Krieg hat unser Lohnniveau eine beachtliche Höhe erreicht, was auch von den Gewerkschaften nicht bestritten wird. Andererseits könnte das amerikanische Lohnniveau nie seine gegenwärtige Höhe erreicht haben, wenn die Auslandsabhängigkeit der amerikanischen Wirtschaft der europäischen Industrieländer entspreche.

Aus sozialpolitischer Sicht:

Können Lohnerhöhungen die Konjunktur anregen?

Man kann sich heute nicht mehr vorstellen, und man darf es praktisch nicht erwarten, daß im Zuge einer Wirtschaftskrise selbst bei fühlbarer Arbeitslosigkeit die Lohn- und Gehaltstarife der Arbeitnehmer eine absolute Senkung erfahren. Natürlich werden sich trotzdem die für die Arbeitsentgelte notwendigen Aufwendungen vermindern, weil ja mit dem Wegfall der weitverbreiteten übertariflichen Zahlungen gerechnet werden muß und weil sich ja auch heute noch eine große Anzahl von Arbeitsentgelten einer genauen tariflichen Überwachung entzieht. Aber im allgemeinen sollte man billige Arbeitskräfte als ein klassisches Mittel der Krisenbereinigung nicht mehr sehr hoch bewerten.

Löhne sind Kosten und Kaufkraft!

Die Praktiker alten Schlags und die Theoretiker alter Schule mögen es bedauern, daß dieses so einfache Rezept marktwirtschaftlicher Krisenbereinigung heute nicht mehr anschlägt. Man sollte aber froh sein, daß die moderne Konjunkturforschung diese simplifizierende Betrachtungsweise, die schon in jeder Vollbeschäftigung ein anomales Wirtschaftsphänomen zu sehen glaubte, überwunden hat. Jedes Arbeitseinkommen hat eine doppelte Rolle im Marktgeschehen. Es ist Kostenelement der Produk-

tion und Kaufkraft im Absatz. Eine Erhöhung der Kaufkraft durch Anhebung des Arbeitseinkommens hat durchaus eine konjunkturstimulierende Wirkung, man darf nur ihre Zweischneidigkeit nicht aus dem Auge verlieren, sofern es sich um die Preisgestaltung im Exportgeschäft handelt.

Die Rolle des Exportgeschäfts

Wir haben jetzt noch keinen Konjunkturrückgang und noch keine Konjunkturkrise. Wir sind aber insofern an einem kritischen Punkt angelangt, als die starke Auslandsverflechtung unserer Wirtschaft das Exportgeschäft zu einem wesentlichen Faktor der Binnenkonjunktur macht. Wir befürchten heute, daß der Rückgang der Auslandsaufträge einen schweren Einbruch in unsere konjunkturelle Entwicklung verursachen könnte. Ich darf daran erinnern, daß die Wirtschaftspolitiker noch vor einem halben Jahr das Anwachsen unserer Außenhandelsüberschüsse mit Entsetzen betrachteten und eine Aufwertung der Währung dringend empfahlen. Warum ist man nun heute über die Entwicklung unserer Außenwirtschaft so besorgt?

Wir können nicht nur die Löhne dafür verantwortlich machen, daß unser Exportgeschäft Einbußen erleidet. Gewiß hat die Entwicklung unseres Lohnniveaus unsere Vor-

Der Rückgang im Welthandel mit Investitionsgütern trifft nicht nur uns. Er ist auf die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Rohstoffländer zurückzuführen, die unter der Baisse auf dem Weltrohstoffmarkt leiden. Eine Besserung der Weltrohstoffpreise dürfte heute im Interesse aller Industrieländer liegen, obwohl gerade sie in erster Linie für diese Baisse verantwortlich zeichnen. Eine Heilung dieser weltwirtschaftlichen Anomalität dürfte die Konjunktursorgen der Industrieländer schnell beheben. Trotz aller wirtschaftspolitischen Grundsätze müßte man die Möglichkeit zweiseitiger Arrangements, die durchaus im Interesse der Weltwirtschaft liegen können, nicht aus dem Auge verlieren.

Binnenkonjunktur — Exportbaisse

Natürlich dürfen wir die Außenwirtschaft nicht abschreiben. Keine noch so starke Belebung der Binnenkonjunktur könnte ihre Ausfälle kompensieren. Selbst eine kräftige Erhöhung der Kaufkraft würde in vielen Bereichen der Verbrauchsgüterindustrie nur zu einer höheren Ausnutzung der noch freien Kapazität (und zu einem weiteren Preisauftrieb) führen, als die Erstellung neuer Kapazitäten im Interesse der Investitionsgüterindustrie anzureizen. Dagegen würde eine solche Erhöhung der Arbeitsentgelte automatisch die Exportsituation noch mehr verschärfen. Insofern ist die

Weisheit von der konjunkturstimulierenden Wirkung erhöhter Arbeitsentgelte in unserer Situation eben nur bedingt richtig. Im Interesse der Exportwirtschaft ist gegenwärtig ein stabileres Lohnniveau mit einem leichten Druck nach oben vorzuziehen. Die Konjunkturspritze wird nicht von dieser Seite kommen. Der Druck nach oben ist aber erforderlich — auch in dieser konjunkturellen Phase —, weil er zur technischen Vervollkommnung treibt, die einmal in Automatisierung übergehen muß. Das wissen auch die Unternehmer, wenn sie sich augenblicklich auch noch so zieren.

Eine notwendige Ruhepause

Die Ruhepause, die sich jetzt in der wirtschaftlichen Expansion abzeichnen beginnt, ist für die Wirtschaft lebensnotwendig. Abgesehen davon, daß schließlich die Managerkrankheiten einmal geheilt werden müssen, ist es erforderlich, verschiedene Diskrepanzen auszugleichen, die sich im stürmischen Aufschwung ergeben haben, auch auf dem Gebiet der Lohnspirale. Es ist nicht richtig, die autonome Lohnpolitik der einzelnen Gewerkschaften jetzt allzu sehr in den Vordergrund zu rücken. Das Lohnniveau muß eine volkswirtschaftlich gerechtfertigte Höhe haben, und die Relationen der Branchenlöhne müssen im Gleichgewicht bleiben. Einzelne Vorstöße in konjunkturbegünstigten Branchen müssen das ganze Lohngefüge in Unordnung und Auftrieb bringen, während es gegenwärtig doch näher läge, die Unternehmer zu Preisenkungen zu zwingen.

Im Interesse der Binnenkonjunktur müssen wir jetzt die Vollbeschäftigung und die Lohnstabilität erhalten. Wenn das durch Einbußen in der Exportwirtschaft gefährdet ist, sollte man — ehe es

zu spät ist — zum Lückenbüßer der öffentlichen Aufträge greifen, ohne diese so zu massieren, daß sie eine neue Expansion hervorrufen. Wenn auch die Ruhepause wirtschaftlich gerechtfertigt ist, so läßt sich aus keiner wirtschaftlichen

Vernunft die Notwendigkeit einer Krise ableiten. Schwere Depressionen sind nur als Folgen einer Panik zu begreifen. Und die Sozialpartner müssen sich davor hüten, durch Akkumulierung von Einzelaktionen eine Panikstimmung auszulösen. (h)

Der Kampf um den besten Weg

Der Zug zum Zwei- oder Dreiparteienstaat, der sich in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik immer stärker durchsetzte, ist sowohl als Reaktion auf die extremen Erfahrungen in der Zeit der Weimarer Republik und des Hitler-Regimes als auch als Bejahung des angelsächsischen Vorbildes demokratischer Staatsordnung zu werten. Es ist viel darüber gestritten worden, ob dieses simplifizierende System des demokratischen Parlamentarismus der deutschen Mentalität auch wirklich entspräche. Der berüchtigte — oder berühmte — deutsche Individualismus neigt natürlich zu einer viel stärkeren Nuancierung der Parteiprogramme. Andererseits kommt die Einfachheit dieses Systems der deutschen Überbewertung der Konsequenz, die eine klare politische Entscheidung verlangt, entgegen.

Diese divergierenden Geisteshaltungen mußten früher oder später im parlamentarischen Leben in Idealkonkurrenz treten. Unsere Neigung zur Konsequenz verführt uns allzu leicht dazu, in einem Parteiprogramm eine unumstößliche Verpflichtung zu sehen, gegen die zu löcken, einem Vertrauensbruch gleich käme. Die Neigung zum Individualismus verbietet es uns aber, Entscheidungen eines Parteigremiums unwidersprochen hinzunehmen, wenn wir selbst anderer Meinung sind. Seit der letzten Bundestagswahl sind nun sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition in den Strudel innerer Auseinandersetzung geraten. Das ist bestimmt kein Fehler, beweist es doch dem Wähler, daß auch unter der „Generallinie“ der großen Parteien noch ein individuelles Leben pulst. Es wäre gefährlich, unter Berufung auf eine Partei- oder Staatsdisziplin die freie Äußerung einer abweichenden Meinung zu unterbinden.

Im übrigen werden diese Auseinandersetzungen durchaus nicht von „Querulanten“ und „Besserwissern“ geführt. Die gegenwärtig und in der Zukunft anstehenden Entscheidungen in der wirtschafts- und sozialpolitischen, aber auch in der rein politischen Sphäre sind so eng verknüpft und von so grundlegender Bedeutung, daß es nur zu begrüßen ist, wenn die Diskussion um diese Fragen aus den Parteituben in die Öffentlichkeit hinausgetragen wird. Wir brauchen nur an die zur Automation drängende Entwicklung der Wirtschaft zu denken, deren sozial- und handelspolitische Fragen im großen Raum des Gemeinsamen Marktes gelöst werden müssen, an die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen zur Wiedervereinigung und an die konjunkturpolitischen Aufgaben, um die ganze Schwere der Entscheidungen ermessen zu können.

Die innere Auseinandersetzung im Partegefüge ist eine *conditio sine qua non* des Zweiparteienstaates. Und sie hat gerade für uns im Widerspruch der Gefühlsbewegungen eine besondere Rolle. Die Fluktuation der Wähler von einem zum anderen Programm ist bei uns viel geringer als in den angelsächsischen Staaten, die uns als Vorbild dienten. Bei uns ist die Entscheidung des Wählers heute noch viel stärker als dort von sozialen, religiösen oder kulturellen Standort abhängig. Wir wechseln nicht so leicht den Stimmzettel nach dem politischen oder wirtschaftspolitischen Erfolg der Partei: wir fühlen uns allzu sehr „verpflichtet“, so oder so zu wählen. Die Auseinandersetzung innerhalb des Partegefüges ist im angelsächsischen Parlamentarismus eine Selbstverständlichkeit. Wenn wir dieses nur bedingt unserer Mentalität entsprechende System übernehmen, müssen wir erst recht auch diese, dem System innewohnende „Konsequenz“ akzeptieren. (sk)

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
24 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL